

WIR WOLLEN WOHNEN!



Mitten in der Wohnkrise wollen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen wichtige Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter ersatzlos streichen. Schon jetzt können unzählige Menschen in NRW die explodierenden Mieten nicht mehr bezahlen.

„Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen; insbesondere an barrierefreiem Wohnraum und an Wohnungen für Studenten, Auszubildende, alleinstehende Hilfeempfänger und Familien“, macht Hans-Jochem Witzke, Vorsitzender des Deutschen Mieterbunds und Sprecher des Bündnisses deutlich.

Das neu gegründete NRW Bündnis: "Wir wollen wohnen!" – ein Zusammenschluss aus dem Deutschen Mieterbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und aus Wohlfahrts- und Sozialverbänden – fordert die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP auf:

- Erhalten und verbessern Sie die rechtlichen Regelungen, die dem Schutz der Mieterinnen und Mieter dienen! Keinesfalls dürfen sie ersatzlos abgeschafft werden!
- Weiterhin fordert das Bündnis die Kommunen auf, sich an der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu beteiligen.

Name, Vorname	Postleitzahl	E-Mail-Adresse	Informiert bleiben*	Zustimmung zur Datenverarbeitung**	Unterschrift
Mustermann, Maria	12345	maria@mustermann.com	✓	✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	

Senden Sie ausgefüllte Unterschriftenlisten (im Original) bis zum 10.05.2019 an: DMB NRW, Kreuzstraße 60, 40210 Düsseldorf

* Ihre Unterschrift kann nur dann zur Online-Sammlung hinzugefügt werden, wenn Sie eine E-Mail-Adresse angeben. Sie bekommen dann eine E-Mail, um Ihre Adresse zu bestätigen. Wenn Sie "Informiert bleiben" ankreuzen, erhalten Sie per E-Mail aktuelle Nachrichten zu dieser Petition sowie den E-Mail-Newsletter von Campact. Mit dem Campact-Newsletter informieren wir Sie in entscheidenden Momenten über weitere erfolgversprechende Kampagnen. Den Newsletter können Sie jederzeit abbestellen.

** Ich bin damit einverstanden, dass die Unterzeichnung dieser Petition sowie meine E-Mail-Adresse, Name und Ort zur Durchführung der Petition bis zu deren Ende gespeichert werden. Mein Name und Ort kann vom Petitionsstarter eingesehen und an den/die Empfänger/in der Petition überreicht werden. Zur Verifizierung meiner Daten erhalte ich eine entsprechende E-Mail mit weiteren Informationen. Diese Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Hier geht es zur Datenschutz-Policy von Campact: <https://www.campact.de/campact/ueber-campact/datenschutz/>



Das NRW Bündnis "Wir wollen wohnen!" fordert den Erhalt und Ausbau des Mieterschutzes sowie die Errichtung von mehr bezahlbarem Wohnraum.

Es wird getragen von insgesamt acht Organisationen: Deutsche Mieterbund NRW, Der Paritätische NRW, DGB NRW, AWO NRW, Caritas in NRW, Diakonie RWL, SoVD NRW, Sozialverband VdK NRW

Das Bündnis hat am 14. Januar 2019 seine Forderungen vorgestellt. Sie richten sich an die Landesregierung sowie die Kommunen in NRW.

Mieterschutz erhalten und stärken

Die Verordnungen und Gesetze des Landes Nordrhein-Westfalen, die dem Schutz der Mieterinnen und Mieter dienen, müssen erhalten und verbessert werden. Keinesfalls dürfen sie ersatzlos auslaufen bzw. abgeschafft werden, so wie es der Koalitionsvertrag von CDU und FDP in NRW vorsieht.

Betroffen sind:

- **Mietpreisbegrenzungsverordnung**
(Voraussetzung für die Anwendung der „Mietpreisbremse“) - Schutz vor überzogenen Mieten bei Anmietung einer Wohnung (**läuft am 30.06.2020 aus**). **Dann gibt es in NRW keine Mietpreisbremse mehr, obwohl diese gerade auf Bundesebene verschärft wurde!**
- **Kappungsgrenzenverordnung**
(Voraussetzung für die Geltung einer abgesenkten Kappungsgrenze) - Schutz vor überzogenen Mieterhöhungen im laufenden Mietvertrag (**läuft am 31.05.2019 aus**)
- **Kündigungssperrfristverordnung**
Erweiterter Schutz für Mieterinnen und Mieter gegen Eigenbedarfskündigungen nach der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen (**läuft am 31.12.2021 aus**)
- **Umwandlungsverordnung**
Schutz der Mieterinnen und Mieter bei Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen (**läuft am 27.03.2020 aus**)
- **Regelung über die Zweckentfremdung von Wohnraum aus dem Wohnungsaufsichtsgesetz**
Kommunale Handlungsgrundlage v.a. gegen den Verlust von Wohnraum durch Leerstand, Abriss oder Umnutzung (z.B. für Gewerbebezüge oder Nutzung als Ferienwohnung „Airbnb“)

Mehr öffentlich geförderter Wohnraum

- **Schwerpunkt beim Mietwohnungsbau.** Keine Eigentumsförderung zu Lasten des Mietwohnungsbaus. Keine Förderung des Erwerbs bereits gebauter und gar von Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelter Bestände aus Mitteln des Wohnungsbaus!
- CDU und FDP in NRW müssen auch **aus dem Landesetat eigene Mittel** bereitstellen.
- Die 1,1 Milliarden Euro der Wohnungsbauförderung, mit denen sich die Regierung brüstet, stammen lediglich vom Bund und aus dem revolvingierenden Landesbauvermögen, das die NRW.BANK verwaltet.
- **Erhöhung des Fördervolumens** auf einen Betrag, der langfristig eine ausreichende Zahl preisgebundener Wohnungen ermöglicht.
- **Längere bzw. dauerhafte Mietpreis- und Belegungsbindungen.**

- **Förderkonditionen attraktiv gestalten** unter **Beibehaltung der Tilgungsverzichte** im Mietwohnungsbau.

Nachhaltige und soziale Wohnungswirtschaft

Eingesetzte Fördergelder müssen in diesem Sinne nachhaltig investiert werden.

- (Wieder-) Einführung einer **Wohnungsgemeinnützigkeit** mit unternehmensbezogenen Förderungen und unbefristeten Bindungen.
- Aufbau einer **landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft** zur Schaffung von dauerhaft bezahlbarem Wohnraum unter gemeinnützigen Prinzipien.
- Einhaltung von **Mindeststandards**, wie z.B. Tarifbindung für die **Beschäftigten** im Wohnungsbau und der Wohnungsbewirtschaftung.

Kommunale Wohnungspolitik und kommunaler Wohnungsbau

Die Städte, Kreise und Gemeinden stehen ebenso wie das Land in der Verantwortung für bezahlbares und sicheres Wohnen zu sorgen:

- **Kommunale Wohnungsunternehmen** müssen wieder **gestärkt** und auf den Erhalt sowie die Neuschaffung von **preisgebundenem Wohnraum** verpflichtet werden. Ihre Überschüsse müssen reinvestiert werden. Sie dienen nicht der Finanzierung kommunaler Haushalte.
- Die Kommunen müssen Modelle **sozialgerechter Bodennutzung** entwickeln und anwenden, so dass bspw. bei Wohnbaumaßnahmen Quoten für geförderte bzw. preisgebundene Wohnungen angewandt werden. Es muss eine **Abkehr vom Prinzip des Verkaufs zum Höchstpreis** geben. Ebenfalls müssen sie verstärkt die Instrumente des Erbbaurechts und der Konzeptvergabe nutzen.

Angemessener Wohnraum für alle

Beachtung unterschiedlicher Wohnraumbedarfe und Zugang aller Bevölkerungsgruppen zu angemessenem Wohnraum sicherstellen.

- Errichtung von **barrierefreien inklusive rollstuhlgerechter Wohnungen**.
- **Unterstützungsangebote** bei der Suche nach geeignetem Wohnraum.
- Spezielle Programme zur Vermeidung von **Wohnungslosigkeit**.
- Schlüssige Konzepte für die Berechnung der **Kosten der Unterkunft**. Es sind Mieten anzuerkennen, die auch den realen Verfügbarkeiten auf den Wohnungsmärkten entsprechen.
- Bau ausreichenden Wohnraums für **Auszubildende und Studierende**.

Die Forderungen des Bündnisses, weitergehende Informationen zur Kampagne sowie Hintergrundinformationen finden Sie auf:

www.wir-wollen-wohnen-nrw.de

Die Petition können Sie auch alternativ online unterstützen:
weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen